Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

228 (29.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 228 | **Donnerstag, den 29. September 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Zu Ehren von Hindenburgs Geburtstag finden am Samstag und Sonntag in allen Standorten der Reichswehr Zapfenstreich, Militärgottesdienst und Vorbeimarsch der Truppen sowie Platzmusik statt.

*

Die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung werden im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

*

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath ist aus Genf abgereist. Auch Henderson fuhr nach London.

*

In London sind drei liberale Minister zurückgetreten. Ein Rücktritt des Gesamtkabinetts kommt nicht in Frage.

*

Das Elektrizitätswerk in Brüssel ist durch einen Brand vollkommen zerstört worden. Die Stromversorgung der Stadt ist stillgelegt.

Die Antwort des Kanzlers an Herriot veranlaßt die Pariser Presse zu scharfen Ausfällen.

Durchführungsbestimmungen zur Steuergutschein-Verordnung

Berlin, 28. Sept. Die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung erscheinen im Reichsgesetzblatt. Sie umfassen Bestimmungen über die Gutscheine zur Steuerzahlung, die für Mehrbeschäftigung, ferner über die Ausgestaltung der Steuergutscheine und ihre steuerliche Behandlung. Schließlich sind noch neun Beispiele angeführt. Aus dem Inhalt ist u. a. anzuführen: **Steuergutscheine für Steuerzahlungen** erhält, wer seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung im Inlande hat oder sonst unbeschränkt einkommensteuer- oder körperschaftssteuerpflichtig ist. Sie werden ausgegeben für die Zahlung von Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig und entrichtet werden. Vorher fällige, aber erst in dieser Zeit entrichtete Steuern geben ebenso wenig Anspruch auf Steuergutscheine wie Steuern, die zwar in der Zeit fällig sind, aber erst später entrichtet werden. Eine Ausnahme ist nur zugelassen für die Land- und Forstwirtschaft. Von der Beförderungssteuer werden Steuergutscheine in voller Höhe der gezahlten Steuern gegeben, bei den übrigen Steuern: Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer in Höhe von 40 Prozent.

Der zweite Teil der Durchführungsbestimmungen behandelt die **Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung**, die nur für im Inlande betriebene Unternehmen, die vor dem 1. September 1932 errichtet sind, ausgegeben werden. Sämtliche Betriebe desselben Unternehmers werden für die Berechnung der Mehrbeschäftigung zusammengefaßt. Diese Art von Steuergutscheinen bezieht sich auch auf Streckung der Arbeit, wenn dadurch mehr Arbeiter Beschäftigung finden. Ausführlich ist die Art der Errechnung der Mehrbeschäftigung angegeben. Der Steuergutscheinbetrag beläuft sich grundsätzlich im Kalendervierteljahr auf 100 RM., mindert sich aber bei dem Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern, nachdem sie ihre Belegschaft mehr als verdoppelt haben. Der Antrag auf Gewährung von Steuergutscheinen ist beim Finanzamt schriftlich zu stellen. Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber und auf Beträge von 20 000, 10 000, 1000, 200, 50, 20 und 10 RM.

Die Nummernfolge der Wahlvorschläge

Berlin, 28. Sept. Der Deutsche Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern zur Reichstagswahl. In dieser Verordnung wird u. a. die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge der Parteien angeführt, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben. Die Nummernfolge lautet: 1. NSDAP., 2. SPD., 3. KPD., 4. Zentrum, 5. DNVP., 6. Bayerische Volkspartei, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Staatspartei, 9. Christlich-Sozialer Volksdienst, 10. Wirtschaftspartei, 11. Deutsche Bauernpartei, 12. Landbund, 13. Deutsches Landvolk, 14. Volksrechtpartei. Im übrigen erhalten die Parteien die ihren Anschluß an den Reichswahlvorschlag einer anderen Partei erklären, auf dem Stimmzettel die Nummer dieses Reichswahlvorschlages mit Buchstabenzusatz. Die Stimmlisten und Stimmkarten sind **vom 16. bis 23. Oktober auszulegen.**

Das Elektrizitätswerk in Brüssel durch Explosion zerstört

Brüssel, 28. Sept. Das hiesige Elektrizitätswerk ist durch eine Turbinenexplosion vollkommen zerstört worden. Die Stromversorgung der Stadt ist gänzlich stillgelegt.

Die Zerstörung des Brüsseler Städtischen Elektrizitätswerks ist entgegen den ersten Mitteilungen nicht auf eine Explosion zurückzuführen, sondern auf **einen Brand**, der in den Leitungsanlagen des Hauptsaales entstand und sich mit so überraschender Schnelligkeit ausbreitete, daß die Belegschaft eben noch Zeit hatte, sich Hals über Kopf in Sicherheit zu bringen. Die gesamten Anlagen mit ihren großen Turbinen sind tatsächlich vollständig vernichtet. Nur ein Nebenwerk mit einer Leistung von 36 000 PS. konnte gerettet werden. Es bestätigt sich, daß damit die **Kraftversorgung der gesamten Stadt zunächst stillgelegt worden ist.** Ein Arbeiter hat schwere Brandwunden erlitten.

Papen antwortet Herriot

Ein Interview des Reichskanzlers

Berlin, 28. Sept. Reichskanzler von Papen empfing den Chefredakteur des WTB., der an den Herrn Reichskanzler die Frage richtete, ob er in der Sonntagsrede des Herrn französischen Ministerpräsidenten eine Förderung der Abrüstungsdiskussion erblicke. Der Reichskanzler erwiderte:

Leider muß ich dies verneinen. Ich sehe darin nur **eine neue Erschwerung jeder Verständigung** und eine Bestätigung der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September. Das kann nicht verwundern. Denn als Herr Herriot, der sich in Genf zu diplomatischen Verhandlungen während der Konferenzpause bereit erklärt hatte, unseren ersten Schritt zur Anbahnung solcher Verhandlungen öffentlich bekannt gab und danach, noch ehe er uns antwortete, eine große Anzahl dritter Staaten mit der deutschen Anregung befaßte — ohne unsere Einwilligung hierzu vorher einzuholen, wie es die Loyalität oder zum mindesten die Courtoisie verlangt hätte — schon damals **war es klar, daß Frankreich keine Verständigung wünsche.** Dazu kommt eine Reihe französischer Kundgebungen — von denen die Rede in Genf die vorläufig letzte ist —, **die die Verhältnisse auf den Kopf stellen und die Debatte zu verschieben suchen. Daher stelle ich fest, es handelt sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen Mächte. Von deutscher Aufrüstung ist keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz.**

Die Abrüstungskonferenz ist ohne Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Gleichstellung einberufen und eröffnet worden. Deutschland ist vor sechs Jahren ohne Vorbehalt hinsichtlich seiner Gleichberechtigung in den Völkerbund aufgenommen worden und selbst in Versailles, wo die Siegermächte sich nicht gescheut haben, Deutschland die unerhörtesten Bedingungen aufzuerlegen, hat niemand die ständige Disqualifizierung Deutschlands auf militärischem Gebiete zu fordern gewagt. Jetzt soll die Entwicklung des letzten Jahrzehnts, die auf Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen hindrängt, rückwärts revidiert und **Deutschland der Status eines Volkes minderen Rechts auferlegt werden. Das können wir natürlich nicht hinnehmen.**

Auch der Ausgangspunkt der jetzigen Erörterung ist verschoben worden. Nicht wir haben den Zeitpunkt für die Erörterung dieser Frage gewählt, vielmehr hat die Konferenz gegen unseren Willen Beschlüsse gefaßt, die die Frage der deutschen Gleichberechtigung akut werden lassen. Die Frage, die sie gestellt hat und die weder in der französischen noch in der englischen Meinungsäußerung bisher beantwortet worden ist, lautet: welche Anwendung finden die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz auf Deutschland? **Wir verlangen jetzt dringend, daß die Abrüstungskonvention, auf die die Welt schon so lange hat warten müssen, auf uns ebenso anwendbar sei, wie auf alle anderen Staaten.** Unsere praktischen Forderungen, die sehr zu Unrecht als Aufrüstung verdächtigt werden, besagen nichts anderes, als daß wir selbstverständlich im Rahmen der Konvention — **dieselbe Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen an unsere sozialen und nationalen Bedürfnisse verlangen, die jedem anderen Staate zusteht.** Wir haben angeboten, über Art und Umfang dieser Anpassung zu verhandeln. Ferner fordern wir, daß wir mit gleichem Maße hinsichtlich der Rüstungsfaktoren gemessen werden wie andere auch. In Versailles vertrat man die These, daß gewisse Waffen, die uns damals verboten wurden, Angriffswaffen seien, heute will man sie zu Verteidigungswaffen erklären, uns aber nach wie vor versagen, sie zu führen: **uns also theoretisch die Gleichberechtigung versagen und praktisch das Recht auf Verteidigung einschränken.** Das Recht auf Verteidigung aber hat uns niemand absprechen können und wollen, auch Herr Herriot nicht. Daß wir dieses Grundrecht jedes Hauses ausüben können, darin gipfeln die Forderungen, die nicht nur der für die Landesverteidigung verantwortlichen Minister, sondern **die gesamte Reichsregierung einmütig** erhoben hat.

Die Initiative in der Gleichberechtigungsfrage weiter auf der Gegenseite — Rückkehr Neurats nach Genf am Schluß der Tagung

T.U. **Genf**, 28. Sept. Im Zusammenhang mit der Mittwoch abend erfolgten Abreise des Reichsaußenministers von Neurath kann festgestellt werden, daß sachliche Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage mit Neurath in Genf nicht stattgefunden haben. Die Unterredungen Neuraths mit Henderson und Simon hatten rein informatorischen Charakter. Es dürfte zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Teilnahme an Völkerbundsverhandlungen sein, daß eine Unterredung zwischen den gleichzeitig anwesenden führenden französischen und deutschen Staatsmännern nicht stattgefunden hat. Die Initiative für die Weiterbehandlung der Gleichberechtigungsfrage bleibt weiter auf der Gegenseite, da an einer Weiterführung der Gleichberechtigungsverhandlungen in erster Linie die Mächte interessiert sind, die für die Abrüstungskonferenz und damit für den gesamten Völkerbund eine Gefahr aus einem Fernbleiben Deutschlands erblicken.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß von Neurath, falls erforderlich, zu den Verhandlungen über die Minderheitsfrage am Schluß der Völkerbundsversammlung zurückkehrt, da die Reichsregierung einen energischen Vorstoß in der Richtung einer grundlegenden Revision der bisherigen katastrophalen, die Minderheiten sabotierenden Haltung des Völkerbundes unternehmen will.

*

Henderson hofft . . .

T.U. **Genf**, 28. Sept. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat vor seiner Abreise nach London der internationalen Presse folgende amtliche Mitteilung zugehen lassen:

„Der Präsident der Abrüstungskonferenz hat vor seiner Abreise die bisherigen Besprechungen weiter fortgesetzt. Im Laufe des heutigen Tages führte er Unterredungen mit Freiherrn von Neurath, Baron Aloisi, Benesch, Zaleski, Hymans und Maderiaga. Henderson hofft, daß vor seiner Rückkehr nach Genf zu der nächsten Sitzung des Büros am 10. Oktober genügende Fortschritte erzielt sind, um dem Büro einen Bericht erstatten zu können und um das weitere Verfahren in der Frage der Sicherheit und der Gleichberechtigung festzulegen."

*

Enttäuschung in französischen Genfer Kreisen

T.U. **Genf**, 28. Sept. Die Abreise des deutschen Außenministers hat in hiesigen französischen Kreisen völlig überrascht und großes Aufsehen erregt, da man bisher eine derartige Haltung der Reichsregierung nicht gewohnt war. Man hatte auf französischer Seite fest damit gerechnet, daß der Reichsaußenminister wegen der angekündigten Rede Herriots unverzüglich seine Abreise verschieben würde und damit seine Kompromißbereitschaft bekundet hätte. Wie zu erwarten war, wird die Abreise von französischer Seite als eine absichtliche deutsche Geste dargestellt, die nur die Gegensätze zwischen der deutschen und französischen Auffassung unterstreichen sollte.

In englischen Kreisen beurteilt man dagegen die Abreise des Freiherrn von Neurath durchaus ruhig und sachlich und weist daraufhin, daß der englische Außenminister bereits vor einigen Tagen abgereist sei und seine Rückkehr völlig ungewiß wäre.

Auf französischer Seite bestand zweifellos die allzu offensichtliche Absicht, Herriot in Anwesenheit des deutschen Außenministers einen großen Triumph in der Völkerbundsversammlung zu ermöglichen, um damit für die weiteren Verhandlungen in der Gleichberechtigungsfrage eine den französischen Wünschen entsprechende Atmosphäre zu schaffen.

*

Unwirksame Beschlüsse

im Untersuchungsausschuß des Reichstages

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages faßte spät nachts nach der Zeugenvernehmung noch eine Reihe von Beschlüssen.

Die **Kommunisten** beantragten einen Beschluß, daß die **Reichstagsabstimmungen** über die Mißtrauensanträge und über die Aufhebung der Notverordnungen rechtswirksam seien. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten; Deutschnationale, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Sozialdemokraten stimmten dagegen, die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme. In der vorangegangenen Aussprache hatte Dr. Frank für die Nationalsozialisten diese Haltung damit begründet, daß der Ausschuß bereits früher die Rechtswirksamkeit der Plenarbestimmungen festgestellt habe. Die Sozialdemokraten hatten zu der gleichen Angelegenheit einen Antrag eingebracht, daß die Reichstagsauflösung im Augenblick der Uebergabe der Urkunde wirksam geworden und infolgedessen die Abstimmungen staatsrechtlich unwirksam seien. Für diesen Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Deutschnationalen, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, während **Nationalsozialisten und Kommunisten dagegen stimmten.** Auch dieser Antrag wurde daher abgelehnt. In der Frage der Rechtswirksamkeit der Reichstagsabstimmungen, die den Hauptstreitpunkt zwischen Regierung und Reichstag bildet, hat also der Ueberwachungsausschuß in seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß einen neuen Beschluß nicht gefaßt.

Im übrigen wurde ein deutschnationaler Antrag abgelehnt, wonach die zur Rechts- und Tatsachenlage von der Regierung abgegebenen Erklärungen durch die Feststellungen des Ausschusses auch rechtlich erwiesen seien.

Mit den Stimmen der **Nationalsozialisten**, des **Zentrums** und der **Bayerischen Volkspartei** wurde **ein nationalsozialistischer Feststellungsantrag** angenommen, der besagt, daß sich der Reichskanzler erst zum Wort gemeldet hat, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet worden war. Das Verhalten des Reichstagspräsidenten habe sowohl der Reichsverfassung, wie der Geschäftsordnung des Reichstags entsprochen.

In der gleichen Richtung wurde **ein sozialdemokratischer Antrag** angenommen, wonach es die Absicht des Reichskanzlers war, seine Regierungserklärung abzugeben und die Debatte vornehmen zu lassen, aber vor einer Abstimmung den Reichstag aufzulösen. Schließlich wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag gebilligt, wonach der Ausschuß unbeschadet dieser Feststellungen an der Auffassung festhält, **daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht.** Darauf folgte eine Reihe weiterer Abstimmungen.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten wurde **Aufhebung der Notverordnung** und der bisher verhängten Urteile beschlossen, mit den gleichen Stimmen und denen der Sozialdemokraten auch die Aufhebung der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft. Ebenso wurde beschlossen, daß die Reichsregierung unverzüglich vor dem Ueberwachungsausschuß zu erscheinen habe. Auch die Aufhebung der Notverordnung über den Heringszoll wurde beschlossen. Bei allen diesen Abstimmungen enthielten sich die Deutschnationalen der Stimme, weil nach allen diesen Abstimmungen der Ausschuß nicht das Recht habe, Notverordnungen aufzuheben. Ein Termin für eine neue Ausschußsitzung wurde nicht bestimmt.

•

Die Haltung der Regierung gegenüber den Reichstagsbeschlüssen

Berlin, 28. Sept. Nach Abschluß der Untersuchung über die Reichstagssitzung vom 12. September entsteht die Frage, wie sich die Reichsregierung in Zukunft gegenüber dem Ueberwachungsausschuß verhalten wird. Bei den Abstimmungen im Untersuchungsausschuß hat sich insofern **ein Kompromiß bereits angebahnt**, als der Beschluß, die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und Notverordnungen im Reichstag für rechtswirksam zu erklären, nicht wiederholt worden ist.

Von zuständiger Stelle wird jedenfalls erklärt, daß **die Reichsregierung an ihrer Auffassung festhalte, wonach Reichstagspräsident Göring seinen Brief zurückziehen müsse**, in dem er die im Reichstag vorgenommenen Abstimmungen dem Reichskanzler mitteilte. Immerhin ist eine offizielle Entscheidung der Reichsregierung über ihre weitere Haltung noch nicht erfolgt, zumal im Augenblick ein akuter Anlaß dazu nicht vorliegt.

Zinsentlastung für die Landwirtschaft

Gefährliche Wechsel auf die Zukunft

Der zweite Teil der großzügigen Unterstützungsaktion für die Landwirtschaft besteht in einer Senkung der Zinssätze generell um 2 Prozent, jedoch nicht auf einen niedrigeren Stand als der Reichsbankdiskont von 4 Prozent. Es handelt sich um eine Maßnahme, die auf zwei Jahre befristet ist. Tatsächlich bedeutet die Zinssenkung eine ganz erhebliche Entlastung der Landwirtschaft, die sich jährlich auf 150 bis 200 Millionen belaufen dürfte. Im ganzen beträgt die Verschuldung etwa 12 Milliarden, von denen 7 Milliarden langfristige Verpflichtungen sind, das heißt also solche, für die die Zinsherabsetzung eine Rolle spielt. Auch gemessen an den Ausgaben der Landwirtschaft für Barlöhne, Zinsen, Steuern und Sozialversicherung ist die Zinssenkung bedeutend. Im Wirtschaftsjahr 1931/32 hatte die Landwirtschaft im ganzen etwas mehr als 3 Milliarden für diese Posten zu zahlen. Wenn jetzt hiervon pro Jahr ein Betrag von 150 bis 200 Millionen entfällt, so bedeutet dies von der Seite der Zinssenkung her eine Entlastung um etwa 5 bis 7 Prozent. Ferner ist zu berücksichtigen, daß eine weitere Unkostenherabsetzung für die Landwirtschaft mit der Senkung der Barlöhne auf Grund der Notverordnung vom 4. September verbunden war, sodaß also tatsächlich ein von verschiedenen Seiten geführter konzentrischer Angriff zur Rettung der deutschen Landwirtschaft durchgeführt worden ist.

Bedenklich bleibt bei dem Programm, daß der Ausfall der Zinsen im letzten Grunde doch an einer Stelle wieder zum Vorschein kommen muß. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß bis zu ihrer Aktion der Gläubiger vor der Wahl stand, ob er für kurze Zeit von der Landwirtschaft noch Zinsen in unveränderter Höhe erhalten wolle und damit sein ganzes Kapital verlieren würde, oder ob er für die nächsten Jahre auf einen Teil seiner Zinsansprüche verzichtet und dafür sein Kapital rettet. In nicht ungeschickter Weise wird als Vergleich die Kapitalflucht herangezogen, die ein Beweis dafür sei, daß alle Kapitalbesitzer lieber auf höhere Zinssätze verzichten, wenn sie dafür ihr Kapital erhalten können. Bei der vorgesehenen Regelung muß es aber zu Zinsausfällen kommen, für die wieder einmal mehr das Reich einspringen muß. Denn die Zinsen für die Pfandbriefe haben durch die Senkung der Zinssätze der landwirtschaftlichen Hypotheken keine Kürzung erfahren. Dem Reich blieb also keine andere Wahl, als den Ausfall zu decken, und zwar muß es den Instituten, bei denen die landwirtschaftlichen Hypotheken mehr als 10 Prozent ihrer Deckungsmasse bilden, aus eigenen Mitteln dafür Ersatz geben.

Es wird nicht der Realkredit, sondern auch der Personalkredit einer grundlegenden Aenderung unterzogen und zwar in der Weise, daß außer der bereits erfolgten Senkung des Diskontsatzes von 4 auf 5 Prozent die überhöhten Zinszuschläge, die bei der Kreditversorgung der landwirtschaftlichen Genossenschaften erhoben werden, abgebaut werden. Auch hieraus ergibt sich eine in ihrer Tragweite nicht zu unterschätzende Besserung der Lage der Landwirtschaft.

Die Regierung leistet außer auf dem Gebiet der Zinsen auch noch auf anderen Gebieten beträchtliche direkte Hilfen. Es liegt hier ein gewagtes Spiel vor, denn die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Einnahmen, die das Reich in den nächsten Jahren haben wird. Kommt es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, so wird es möglich sein, diese Mittel ohne Erschütterung späterer Etats schon jetzt zu verwerten. Sollte jedoch der wirtschaftliche Aufschwung nicht groß genug sein, so wird in späteren Jahren erst die Rechnung für die jetzt erfolgte Hilfsaktion präsentiert werden.

Die englische Kabinettskrise

Snowden, Samuel und Sinclair zurückgetreten

London, 28. Sept. Das Kabinett hat in seiner Sitzung am Mittwoch über die Frage beraten, ob eine Entscheidung des Parlaments über Ottawa vertagt werden könne. Das wurde als unmöglich betrachtet, woraufhin Snowden (Justizminister), Sir Herbert Samuel (Innenminister) und Sir A. Sinclair (Staatssekretär für Schottland) ihren Rücktritt erklärten.

Nachdem Snowden, Sinclair und Samuel ihren Rücktritt erklärt hatten, vertagte sich das Kabinett auf nachmittags, um laufende Angelegenheiten zu beraten. Wahrscheinlich werden auch die sieben Samuel-Liberale, die außerhalb des Kabinetts leitende Staatsämter bekleiden, im Laufe des Tages zurücktreten. Darunter befinden sich der Unterstaatssekretär für Indien Marquis Lothian, der Unterstaatssekretär für die Kolonien Sir Robert Hamilton, der stellvertretende Generalpostmeister Graham White und der Staatssekretär für den Bergbau Isaac Foot.

*

„Eine Nation braucht eine überparteiliche Regierung" — Eine Erklärung Macdonalds

T.U. **London**, 28. Sept. Am Mittwoch abend gab Ministerpräsident Macdonald im Namen seiner zur nationalen Arbeiterpartei gehörigen Ministerkollegen Lord Sankey und Thomas und in seinem eigenen Namen folgende Erklärung heraus:

„Vor zwölf Monaten übernahmen wir eine schwere Aufgabe und wir wußten, was das bedeutete. Jetzt wollen wir genau so alle Parteirücksichtnahme und Parteiinteressen beiseite lassen — denn unsere Arbeit ist noch nicht beendet und kann auch nicht beendet sein — bis auf diese oder jene Weise eine Regelung der Reparationen und Schulden zustande gekommen ist. Ferner ist die Weltwirtschaftskonferenz zu berücksichtigen. Wir arbeiten weiter, bis die Arbeit erledigt ist. Wir erheben jetzt denselben Ruf an die Wähler wie vor zwölf Monaten, nämlich: daß eine Nation eine überparteiliche Regierung braucht, daß reine Parteierwägungen unseren nationalen Einfluß in der Welt schwächen und ein schwerer Schlag für die Schritte sein würden, die jetzt im Interesse der Wiedererholung der Welt getan werden."

*

Weitere Rücktrittsgesuche liberaler englischer Regierungsmitglieder

T.U. **London**, 28. Sept. Wie verlautet, haben auch die folgenden liberalen Regierungsmitglieder ihren Rücktritt angeboten: Der parlamentarische Unterstaatssekretär für Indien, Lord Lothian, der Bergbauminister Foot, der parlamentarische Unterstaatssekretär des Kolonialministeriums, Hamilton, u. der Gehilfe des Generalpostmeisters White.

Die Samuel-liberalen Minister erklären ihren Rücktritt

T.U. **London**, 28. Sept. Am Mittwoch abend wurde der Brief veröffentlicht, in dem die Samuel-liberalen Minister ihren Rücktritt begründen. Die wichtigste Aufgabe nach der Rettung des Pfundes, so heißt es u. a., wäre die Befreiung der Welt von Zollmauern und anderen Handelsbeschränkungen gewesen. Statt dessen habe aber die englische Regierung neue Zustände geschaffen, die zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitrügen. Sodann werden die Einwendungen gegen die Ottawaer Konferenz dargelegt, deren Beschlüsse zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise führen müßten. Schließlich erklärten die Minister, daß sie die Regierung in allen Fragen mit Ausnahme der Ottawaer Abmachungen unterstützen würden.

Zur Zollpolitik erklärt Snowden, daß sie eine katastrophale Wirkung für England gehabt habe. Die Ottawaer Abmachungen hätten die englische finanzielle Autonomie vernichtet und England noch hinter die Stellung eines Dominions heruntergedrückt, da diese in Zukunft die englische Zollpolitik kontrollierten.

*

Die neuen englischen Minister ernannt

T.U. **London**, 28. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Der König von England hat den Rücktritt der drei Minister Lord Snowden, Sir Herbert Samuel und Sir Archibald Sinclair angenommen und seine Zustimmung zu folgenden Minister-Ernennungen gegeben: Zum Innenminister wurde der bisherige Landwirtschaftsminister Sir John Gilmour ernannt, dessen Nachfolger der bisherige Unterstaatssekretär im Schatzamt, Major Walter Elliot, wird. Zum Staatssekretär für Schottland ist Sir Geoffrey Collins ernannt.

200 Todesopfer der Sturmkatastrophe in Portorico

San Jua (Portorico), 28. Sept. Der Gouverneur von Portorico gibt die Zahl der Todesopfer der Sturmkatastrophe mit 200 und die Zahl der Verletzten mit mindestens 1000 an.

Santo Domingo, 28. Sept. Ein Orkan in der dominikanischen Republik suchte San Pedro de Macoris heim und nähert sich jetzt der Hauptstadt Santo Domingo.

Das Tornadounglück hat **mehr als 200 Tote und über 1000 Verletzte gefordert**. Hunderte von Familien sind obdachlos. Die gesamte Ernte ist vernichtet. Unzählige Gebäude sind durch den Tornado zerstört werden. Die Verbindung mit dem Innern der Insel ist unterbrochen. Die Hauptstadt bietet den Anblick vollkommener Zerstörung. Die Stadt ist ohne Wasser, Licht und Fernsprechbetrieb.

Professor Orlik gestorben

T.U. **Berlin**, 28. Sept. Am Mittwoch nachmittag verstarb an den Folgen eines Herzleidens Professor Emil Orlik im Sanatorium von Prof. Plesch im Alter von 62 Jahren.

Prof. Emil Orlik bildete sich nach Absolvierung des Prager Gymnasiums in München im Zeichnen aus u. wurde 1905 als Nachfolger Prof. Eckmanns an das Berliner Kunstgewerbemuseums berufen. Orlik ist gleicherweise als Maler, Radierer und Lithograph bekannt geworden.

Stundung der deutschen Zahlungen an Amerika

T.U. **Washington**, 28. Sept. Das Schatzamt teilt mit, daß die Regierung der vertragsmäßig vorgesehenen Stundung der um Freitag fälligen deutschen Zahlungen für „mixed claims" und Besatzungskosten in Höhe von 7,8 Millionen zugestimmt habe.

„Haarglanz" hält das Haar gesund! Er gibt dem Haar nach jeder Kopfwäsche stets von neuem seine natürliche Reinheit und seine jugendliche Elastizität wieder. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

29)

XVIII.

Sepp Gasteiger war mit dem Rad von Moosen herübergekommen, um einen wichtigen Brief seines Vaters persönlich bei der Post in Uebersee aufzuliefern. Nachdem der Auftrag erledigt war, bummelte Sepp hinüber zum Bahnhof, um sich ein wenig die soeben mit dem Münchener Vormittagsschnellzug eingetroffenen Fremden anzusehen.

Wie er so am Kiosk neben dem Bahnhof stand, trat ein breitschultriger, wohlbeleibter Herr auf ihn zu.

„Bitte können Sie mir sagen, wo die Privatsekretärin Toni Geislinger wohnt?"

Sepp zuckte zusammen. Das hatte zweierlei Ursache: Erstens wirkte der Name der schönen Toni, mit der er neulich beim Almtanz so vergnügte Stunden verlebt hatte, elektrisierend auf ihn, und zweitens erkannte er sogleich in dem Frager den Kriminalkommissar Kornhuber. Das war derselbe, der ihn im vergangenen Jahre wegen der furchtbaren Rauferei beim Hinterwirt vernommen hatte. Damals waren dem „Watschensepp" acht Wochen Gefängnis für seine „Schlagfertigkeit" aufgebrummt worden.

Nun, Sepps Geistesgegenwart hatte seitdem nicht gelitten. Mit der ihm eigenen Findigkeit kombinierte er sofort: Wenn sich Kornhuber nach der schönen Toni erkundigte, stand ihr nichts Gutes bevor; denn daß sie mit der fatalen Geschichte im Kaisergebirge in Zusammenhang gebracht wurde, hatte er bereits aus den Zeitungen erfahren.

Blitzschnell überschaute Sepp die Lage.

„I woaß net, wo ös Frauenzimmer loschiert," log er kurzerhand.

Der Kommissar wandte sich ab und schob sein Fahrrad ein Stück neben sich her bis zum Kiosk, wo er den Verkäufer fragte.

Mittlerweile hatte Sepp Gasteiger seinen Entschluß gefaßt. Behende schwang er sich auf sein Rad und raste in mordsmäßigem Tempo davon, in Richtung Feldwies. Er kannte die Abkürzungswege und mußte unbedingt noch vor Kornhuber im Haus am See eintreffen. Donnerwetter, das war eine Gelegenheit, sich bei der feschen Toni in Szene zu setzen! Wenn man sie vor der bevorstehenden Verhaftung warnte, würde sie einem ewig zu Dank verpflichtet sein . . .

Der tollen Raserei wären beinahe ein Hund und mehrere Hühner zum Opfer gefallen. Tat nichts. Und wenn Sepp eine Eierfrau über den Haufen gefahren hätte — Hauptsache blieb, daß Toni rechtzeitig von der drohenden Gefahr unterrichtet wurde! Das letzte Wegstück schnitt er quer über eine Wiese ab. Erhitzt und nach Atem ringend, stand er vor der Tür des Kerkhoffschen Hauses, klingelte Sturm.

Tatsächlich war Toni Geislinger anwesend. Die Reue hatte sie gepackt, nun wollte sie wenigstens ausharren, bis ihr Chef aus dem Kufsteiner Gefängnis zurückkehrte. Täglich kam Post, die gesichtet und nötigenfalls beantwortet werden mußte. Wenn Toni jetzt ihren Posten verließ, konnte Kerkhoff großer Schaden erwachsen. Jeder zurückgetretene Minister führte die Geschäfte bis zur Ernennung des Nachfolgers.

„Mar und Joseph, wo brennt's denn?" schrie Toni.

Sepp japste seine Neuigkeit hervor: „Die Polizei kommt, will Sie verhaften — fliehen Sie!"

Toni schlug die Hände zusammn. Entsetzen malte sich auf ihrem hübschen, braunen Gesicht.

„Fliehen — — wohin?"

Ihr Helfer hatte schon einen Vorschlag bereit.

„Mit mir über den See!"

Da ließ die Bestürzte alles liegen und stehen, schloß die Tür ab und folgte ihrem Führer in eiligem Lauf hinter zur Bootslände. Dort hatte Sepp einen eigenen Kahn an der Kette liegen.

„Da hinein!" wies er Toni an, während er selbst das Boot flott machte.

Doch „mit des Geschickes Mächten . . ." Sepp Gasteigers Braut, die im Blockhaus die Gäste bedienende Notburga Birnbacher, hatte zufällig ihren zukünftigen Eheliebsten von der Veranda aus gesehen, wie er der verhaßten Nebenbuhlerin so eilfertig zu Diensten war.

Sakra — so günstige Gelegenheit zum Eingreifen bot sich vielleicht im ganzen Leben nicht wieder! Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schoß die in ihrer Ehre gekränkte Burgl aus der Veranda hervor, stürzte — unbekümmert um die erstaunten Blicke des am Dampfersteg wartenden Publikums — auf ihren Sepp zu und erwischte ihn gerade noch am Kragen, als er das Boot vom Land abstieß.

„Dageblieben wird, du Lump, du elendiger!" keifte sie mit berstender Stimme.

Der arme Sepp wußte wirklich nicht, wie ihm geschah: Die brutalen Fäuste seiner künftigen „lieben Ehehälfte" schleiften ihn mit unbarmherziger Gewalt zwei, drei Meter durch das flache Wasser an den Strand und verbleuten ihn dann dermaßen, daß ihm Sehen und Hören verging.

Soviel Geistesgegenwart er vorher bei der Flucht Tonis entwickelt hatte, so wenig kam jetzt zur Geltung. Bevor er sich recht von seiner Ueberraschung erholte, war seine „Braut" mit ihrer Prozedur schon fertig. Unter dem Gaudium des Publikums fuchtelte sie ihm mit der geballten Faust vor der Nase herum, schrie, hochrot vor Zorn und Aufregung: „Warte nur, wenn mer verheiratet san!"

Wahrscheinlich stellte sie ihm damit weitere „Auflagen" in Aussicht.

Sepp brummte irgendeine ungereimte Liebenswürdigkeit, schwang sich auf sein an der Veranda stehendes Rad und fuhr mit gekrümmtem Rücken davon, dem siegreichen Feinde das Schlachtfeld überlassend.

Burgl ballte die Fäuste hinter ihm her, schrie ihm nach: „I werd dir helfen, a jeder ans Miederband rühren, du Hallodri, du infamiger!"

Dann schritt sie gravitätisch, mit wiegenden Hüften, wieder hinüber zu ihrer Wirkungsstätte, wo sie von den Stammgästen mit lebhaftem Hallo begrüßt wurde.

„Soviel Schlagkraft hätt' ich unsrer Burgl wahrhaftig nicht zugetraut!" lobte einer, über das ganze Gesicht schmunzelnd.

„Depp damischer!" verwies ihn sein Freund, ein als Witzbold bekannter Zahnarzt. „Siech dir die Pratzen an! Wo die hinhaun, wächst koa Gras mehr."

Und ein anderer, der auch zum Trio gehörte: „Dem Sepp werden wir noch a Marterl setzen müssen!"

Der Wirt eines vielbesuchten Berliner Versammlungslokales aber kraute sich hinter den Ohren, sagte leise zu seiner schon seit einer Stunde frühstückenden Frau: „Du, Bertl, det Mächen müßten wir als Hausknecht haben; die ersetzt ein Ueberfallkommando!"

Die schlagfertige Burgl lächelte nur geschmeichelt und verrichtete ihren Dienst mit gewohnter Liebenswürdigkeit, als könnte sie kein Wässerchen trüben.

Inzwischen war Toni Geislinger schon ein gut Stück vorangekommen. Als sie sah, daß Sepp ziemlich barbarisch an der Ausübung seiner Hilfsbereitschaft gehindert wurde, hatte sie kurzerhand selber die Ruder des stark schwankenden Kahnes ergriffen und Kurs auf die Frauen-Insel genommen. Dort verbrachte sie den ganzen Tag. Als sich aber nichts Besonderes ereignete, kamen ihr Bedenken. Vielleicht hatte Sepp nur Gespenster gesehen?

Spät nachmittags ruderte sie wieder nach Feldwies hinüber, stahl sich bei Eintritt der Dunkelheit ins Haus, packte ihre Habseligkeiten in einen Koffer und türmte. Vom Gasthofswirt hatte sie erfahren, daß ein Herr nach ihr gefragt habe. O, sie trug kein Verlangen nach wochenlanger Untersuchungshaft! Mochte das Gericht sehen, wie es ohne Toni Geislingers Aussage mit „dem Fall Kerkhoff" fertig wurde! Sie hatte die Nase voll von dieser undankbaren Angelegenheit.

Mit dem Abendzug dampfte sie nach München ab.

XIX.

„Wo ist meine Tochter?" wollte der Sanitätsrat wissen.

Das Hauspersonal wußte es nicht, der neue Chauffeur, Sepp Gasteiger aus Moosen, wußte es nicht. Ursula Josephy war verschwunden. Weder im Hause noch im Garten konnte sie gefunden werden. Sie mußte das große Adelholzener Sanatoriumsgebäude schon am frühen Morgen verlassen haben.

„Der Wildling ist mir wieder durch die Lappen gegangen!" knurrte der Sanitätsrat, als er das Zimmer seiner Tochter betrat.

(Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg